

Antrag Nr. 19-F-21-0007

SPD, CDU + Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Bescheid des Hess. Innenministeriums bezüglich Vergabeverfahren zur Restab-fallentsorgung in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 23.01.2019 -

Antragstext:

Die Stellungnahme des Hess. Innenministeriums im Rahmen der Kommunalaufsichtsbeschwerde der Fraktion Linke und Piraten liegt nunmehr vor. Darin wird festgestellt, dass „im Vorfeld und während des Vergabeverfahrens keine ausreichende Einbindung des Beteiligungsausschusses/der Stadtverordnetenversammlung stattgefunden hat“.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie bewertet der Magistrat die Stellungnahme des Hess. Innenministeriums bzgl. des Ausschreibungs- & Vergabeverfahrens MVA?
2. Welche rechtlichen Konsequenzen hat die Stellungnahme?
3. Wie muss man die Inhalte der Stellungnahme in Hinsicht auf den Beteiligungskodex der Stadt Wiesbaden bewerten?
4. Welche Folgen zieht der Magistrat aus der Stellungnahme?
5. Wie ist die Stellungnahme in Hinsicht auf die Kompetenzen der Geschäftsführer der Beteiligung zu interpretieren?

Wiesbaden, 24.01.2019

Dennis Volk-Borowski
Fachsprecher
(SPD-Fraktion)

Alexander Hofmann
Fraktionsreferent
(SPD-Fraktion)

Bernhard Lorenz
Fachsprecher
(CDU-Fraktion)

Gunnar Koerdts
Fraktionsgeschäftsführer
(CDU-Fraktion)

Christiane Hinner
Fraktionsvorsitzende
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mathias Schulz
Fraktionsreferent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)